

Tiefe Risse zwischen Parteispitze und Basis/ Koalition zerstritten

„Die Bürgermeisterkarre ist im Dreck“

Eine zünftige Niederlage hat die CDU-Basis ihrem Landesvorstand schon vor Beginn des Landesparteitages am 16. September in Münster beigebracht. Die Reform der Gemeindeordnung wird gegen den Willen der Parteiführung doch Gegenstand des Parteitages. Als noch vor einem Monat die SPD im Münsterland ihre CDU-Kollegen in den Räten aufforderte, die Gemeindeordnung zu thematisieren, hieß es noch „absoluter Käse“ aus der Düsseldorfer Zentrale, das Thema komme nicht auf die Tagesordnung.

Doch den Käse hat sich, wie es sich jetzt zeigt, die CDU-Führung selbst eingebrockt: „Die Bürgermeisterkarre ist im Dreck“ so der Vorsitzende der Antragskommission aus dem Kreisverband Gütersloh, Ludger Kaup, über die Spaltung von Parteispitze und Basis.

Damit wird der Krach zwischen Führung und Basis einmal mehr offenbar, ebenso neuer Streit zwischen den Koalitionsfraktionen.

Denn auch in der FDP regt sich Widerstand. Während bei der CDU Basis vor allem die Abkopplung von Rats- und Bürgermeisterwahl und die Verlängerung der Amtszeit im Vordergrund steht, wollen viele Liberale die Abschaffung der Stichwahl nicht akzeptieren.

Ebenso trommeln die „christlich-demokratischen Unternehmensleitungen“, spricht die CDU-Repräsentanten und Verantwortlichen in den Stadtwerken massiv gegen eine Ein-

schränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden.

„Privat vor Staat“, diese Ideologie halten sie für eine massive Benachteiligung der öffentlichen Hand und den weiteren Ausverkauf der kommunalen Handlungsfähigkeit und Freiheit.

Schließlich sehen die meisten Kommunalpolitiker der CDU nicht ein, warum das insgesamt bewährt Wahlsystem in NRW durch Kumulieren und Panaschieren ersetzt werden soll. Deutliche Kritik kommt vom Chef der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und Hammer Oberbürgermeister, Hunsteger-Petermann: „Ich glaube allerdings, dass wir in diesen Zeiten, in denen wir eine so genannte Politikmüdigkeit und zurückgehende Wahlbeteiligung

erleben müssen, eine derart tief greifende Veränderung des kommunalen Wahlsystems eher schadet als nützt...über 70 Prozent unserer kommunalen Mandatsträger würden das klar ablehnen. Das ist ein Ergebnis, das bedenklich stimmen muss.“

SPD und SGK haben sich bereits seit Monaten klar positioniert und finden dafür Zustimmung auf Seiten der Praktiker in den Rathäusern. Doch von gemeinsamen Handeln der großen Fraktionen, wie bei der letzten großen Reform der Gemeindeordnung durch die SPD-geführte Landesregierung zugesichert, ist bei Schwarz-Gelb nichts zu erkennen.



Fortsetzung von Seite 1

„Für uns stehen bei der Bildungspolitik der Zukunft vier Leitgedanken im Mittelpunkt:

- Wir brauchen ein flächendeckendes Betreuungsangebot für die Kleinsten und mehr Bildung und Qualität im vorschulischen Bereich.
- Wir brauchen längere gemeinsame Lernzeiten in der Schule.
- Wir müssen für alle Schülerinnen und Schüler eine Ganztagsbetreuung ermöglichen.
- Wir müssen die Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule Schritt für Schritt gebührenfrei stellen.“

Für die bevorstehenden Haushaltsberatungen kündigt Hannelore Kraft Alternativen an:

„Mit realistischen, nicht überzogenen Einnahmeansätzen und durch Umschichtungen werden wir zeigen:

- Die zusätzlichen Belastungen der Kommunen sind vermeidbar,
- ein noch stärkerer Abbau der Verschuldung ist möglich und
- für Kinder, Jugend und Bildung kann mehr getan werden.

Dies bleibt unser politischer Schwerpunkt.“

Mit ihrer Rede dokumentiert die SPD-Fraktionsvorsitzende, wie wenig die schwarz-gelbe Koalition in der Lage ist, Reden und Handeln in Übereinstimmung zu bringen. Wie gesagt: Links blinken, rechts abbiegen. Oder wie die Süddeutsche Zeitung den Ministerpräsidenten charakterisierte: „Herr mit Lebenslügen.“

Neues Landeswassergesetz

„Privat vor Staat“ kommt die Bürger teuer zu stehen



Die schwarz-gelbe Landesregierung hat Ende August einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Landeswassergesetzes in ein öffentliches Anhörungsverfahren gebracht. In dem Gesetzentwurf soll unter anderem die Möglichkeit der Privatisierung der Abwasserentsorgung in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden. In der Anhörung warnten die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände eindringlich vor den negativen Folgen der Privatisierung. Bisher ist die Abwasserbeseitigung in kommunaler Regie von der Umsatzsteuer befreit. Wenn jedoch Privatunternehmen diese übernehmen, werden sie umsatzsteuerpflichtig und die entsprechenden Kosten mit Sicherheit an die Bürger weitergegeben.

Enthält aber demnächst das Landeswassergesetz eine Öffnungsklausel für Private, müssen nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs alle Abwasserunternehmen, ob privater Wettbewerber oder öffentlicher Betrieb, steuerlich gleich behandelt werden. „Die Fachleute rechnen mit Mehrkosten von über 20%, die dann auf jeden einzelnen Bür-

ger zukommen. Die Unternehmen könnten diese Mehrbelastung nicht auffangen und müssten sie daher auf die Kunden abwälzen“, erklärt hierzu die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Svenja Schulze.



Svenja Schulze

Jeder Bürger zahle bereits jetzt nach Erkenntnissen der kommunalen Spitzenverbände rund 125,00 Euro Abwasserkosten im Jahr. Schulze: „Nach dem Willen von Schwarz-Gelb soll eine vierköpfige Familie künftig allein rund 100,00 Euro im Jahr mehr für ihr Abwasser bezahlen.“

Aus diesem Grund kündigte die SPD-Landtagsfraktion massiven Widerstand gegen weitere Belastungen der Bürger durch die Privatisierungspolitik der Landesregierung an.

„Nebenkosten wie die Abwassergebühren dürfen nicht zu einer zweiten Miete werden. Wohnen muss in NRW auch für Normalverdiener bezahlbar bleiben“, betont Hannelore Kraft, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Die SPD lehne daher die von der Landesregierung geplante Privatisierungsmöglichkeit der Abwasserversorgung entschieden ab.

Regionalstellen Frau & Beruf Neuausrichtung statt Beerdigung erster Klasse

Obwohl laut zuständigem Minister (Laschet) die Frauenerwerbsquote in NRW im bundesweiten Vergleich auf dem vorletzten Platz liegt, sieht er Frauenpolitik nur noch als Querschnittsaufgabe in anderen Ressortbereichen. Auf die Regionalstellen, die bisher Motor dieser Querschnittsaufgaben waren, will er als Land zukünftig völlig verzichten.



Gerda Kieninger, Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion: „Wir fordern eine Weiterentwicklung der aufgebauten Kompetenzen und Strukturen durch die Regionalstellen.“

Wenn die CDU/FDP sich aus der Einzelförderung zurückzieht und lediglich Projektmittel zur Verfügung stellt – die den Regionalstellen nur nützen wenn die Kommunen oder Dritte ihre bisherige Förderung übernehmen – springt sie zu kurz!!

- 2005 standen den Regionalstellen 4,5 Mio. Euro zur Verfügung
- 2006 betrug das Gesamtvolumen 3,5 Mio. Euro
- 2007 Einstellung der Förderung der Regionalstellen. Anstelle dessen werden Projektmittel in Höhe von 2,25 Mio. neuen Fördernehmer/innen zur Verfügung gestellt.

Dieser Ausstieg auf Raten ist verantwortungs- und konzeptionslos zugleich. Fördermittel für Projekte – ohne Anknüpfung an erworbene Kompetenzen hätten lediglich Symbolwert – und wären ein weiterer Schritt zum allmählichen Rückzug des Landes aus einer aktiven Frauenförderung in Ausbildung und Beruf.“

Messbare Erfolge

- Anstieg Frauenerwerbsfähigkeit: 1993: 36 %, 2004: 48 %
- Vernetzung zur Chancengleichheit verstärkt: z.B. Dortmunder Forum Frau und Wirtschaft: Mitgliederentwicklung 2000: 88, 2005: 170
- Aufstieg von Frauen: z.B. 90 % der Mentoring-Beteiligten
- Zunehmende Vernetzung Unternehmerinnen: z.B. Messe Dortmund/innen vernetzt 2001: 288 Besucher, 2004: 650 Besucher
- Qualifizierung von Frauen: Verdoppelung Teilnehmerinnenanzahl 2003-2005

